

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Seit der letzten Haushaltsberatung haben sich einige Bedingungen verändert. Die Wirtschaftskrise scheint überwunden, den Unternehmen geht es besser und die Zahl der Erwerbslosen sinkt laut Statistik. Dass die Talsohle so sozialverträglich wie möglich durchschritten werden konnte, ist der Erfolg der Tarifparteien, die mit moderaten Lohnabschlüssen und Kurzarbeit die richtigen Antworten gefunden haben.

Dennoch: Der Aufschwung, den alle nun bejubeln, weist zunächst nur ein Plus von etwa drei Prozent auf im Vergleich zum letzten Jahr, in welchem die Wirtschaft um mehr als sechs Prozent geschrumpft ist. Auch die leicht steigenden Steuereinnahmen können das Defizit des städtischen Haushalts nicht decken. Die ersten Signale aus Düsseldorf zur Rettung der Kommunen sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Aber es stimmt: Die neue Landesregierung beteiligt sich endlich an den Mehrkosten, die uns Kommunen durch das Land aufgebürdet wurden, wie zum Beispiel bei der U3-Betreuung und dem KiBiz. Angesichts der weiterhin hohen Kosten für Sozialtransferleistungen wünschen wir uns auch aus Berlin die Erkenntnis, dass man den Kommunen nicht immer neue Aufgaben aufbürden kann, ohne die Kosten dafür zu tragen.

Das strukturelle Haushaltsdefizit zwingt uns alle, Liebgewonnenes zu hinterfragen. Bürgermeister und Kämmerer haben bereits am Anfang der Haushaltsplanberatungen sehr deutliche Worte zum Thema möglicher Schulschließungen gesprochen.

Wir dürfen die Stadt aber auch nicht kaputtsparen. Wer über Generationengerechtigkeit spricht, darf nicht nur auf den

Kontostand der Stadt schauen. Wer tatsächlich erwartet, dass die folgenden Generationen Schulden zurückzahlen sollen, kann ihnen nicht die ganze Infrastruktur vorenthalten, von der wir jahrzehntelang profitiert haben. Die Schwerpunkte unserer Politik bleiben die Felder Arbeit, Familie und Bildung.

Der Bürgerhaushalt, der im Rat von einer breiten Mehrheit getragen wurde, ist der erste richtige Schritt für mehr Bürgerbeteiligung. Wir sollten uns nicht entmutigen lassen von dem ersten Versuch, der vielleicht noch nicht die gewünschte Resonanz hatte. Im Gegenteil. Wir wollen den Bürgerhaushalt beibehalten und setzen auf die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen die Beteiligungsmöglichkeiten sogar stärken: In den kommenden Haushaltsberatungen sollen die Ideengeber auch in den Ausschüssen zu ihren Vorschlägen angehört werden und mitdiskutieren.

Gerade in diesen Zeiten, in denen wir über Kürzungen unserer Leistungen reden müssen, dürfen wir die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger nicht vergessen. Wir müssen sie mitnehmen, um die Notwendigkeit unserer Entscheidungen verständlich zu machen. Und selbstkritisch: Wir müssen es auch zulassen, dass die Lüdenscheider uns mitnehmen können, wenn sich Politik und Verwaltung in ihren Augen auf dem Holzweg befinden.

Wir werden die Grundsteuer erhöhen müssen. Dies betrifft zunächst die Grundeigentümer und über die Mieten werden auch die Mieter an den Kosten beteiligt. Diese Erhöhung mag für jeden Einzelnen gar nicht so hoch sein. Sie trifft aber jeden. Dennoch: Wir können nicht nur auf der Ausgabenseite schauen. Wir müssen auch unsere Einnahmesituation verbessern. Wenn nun Finanzminister Schäuble die Abschaffung der Gewerbesteuer erwägt, bedroht dies eine der

Haupteinnahmequellen unserer Stadt. Wer die Gewerbesteuer abschaffen will, schadet den Kommunen.

Die Möglichkeit einer Beschaffung eines zweiten Radarwagens in Zusammenarbeit mit den Nachbarstädten soll bis zur nächsten Haushaltsberatung geprüft werden. Die Auswertung der Erfahrung mit dem ersten Radarwagen zeigt, dass die Überlegung aus Sicherheitsgründen notwendig ist.

Die von uns eingebrachte Reform der Verwaltungsstruktur ist notwendig, um die Hierarchien in der Verwaltung nachhaltig abzubauen. Mit der Einführung der Fachbereichsleiter und einer neu zusammengesetzten Verwaltungsspitze kommen wir im 21. Jahrhundert an. Die Reform ist auch ein Abschied vom alten Parteienproporz. Zwei Spitzenbeamte werden weiterhin vom Rat bestellt. Neben ihnen und dem Bürgermeister sollen aber auch zwei Laufbahnbeamte- oder angestellte in Zukunft den Weg in die Verwaltungsspitze finden können. Im Übrigen verzichten wir Sozialdemokraten auf zwei Wahlbeamte aus unseren Reihen. Das ist genau das Gegenteil dessen, was die Christdemokraten uns vorwerfen.

Diese Unschlüssigkeit der zweitgrößten Fraktion im Rat setzt sich fort: Sie fordert andere zum Sparen auf, verweigert in den Ausschüssen jedoch jegliche Kooperation, wenn es um konkrete Sparvorschläge geht. Das ist unseriös und hat mit Verantwortungsbewusstsein nichts zu tun.

Ich will, dass man für Kita-Plätze keine Beiträge entrichten muss. Die Landesregierung möchte die Beitragsfreiheit Schritt für Schritt einführen. Das begrüße ich ausdrücklich. Bis im August 2011 aber erstmalig das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei wird, müssen wir die Kosten für die Kindertagesstätten finanzieren. Hier stehen wir vor der Alternativen: Entweder, wir verändern die Personalstruktur und verzichten auf Praktikanten in den Kitas oder wir erhöhen den

Beitrag moderat. Uns ist ein hoher Standard in unseren Kindertagesstätten wichtiger. Chancengleichheit gibt es nur mit guter Bildung. Deswegen stimmen wir einer einmaligen Beitragserhöhung zu. Unter dem Strich kommt es für die Eltern dennoch nicht zu Mehrkosten, wenn man ein möglicherweise beitragsfreies drittes Kindergartenjahr in die Rechnung mit einbezieht.

Die demografische Entwicklung mit der Folge rückläufiger Schülerzahlen und die immer geringer werdende Akzeptanz der Hauptschulen in der Gesellschaft werfen das Thema Schulschließung auf den Plan. Wir wollen, dass ein externer Gutachter uns bei der Erstellung eines Schulentwicklungsplans begleitet. Wir wollen den Spagat schaffen, zwischen der demografischen Entwicklung und unserer Verantwortung für die Stadtteile am Rande unserer Stadt einen verantwortungsbewussten Weg zu finden.

Die SPD hat vor der Wahl versprochen, nach den Jahren der Fokussierung auf die Innenstadt nun die Außenbezirke stärker in den Mittelpunkt zu stellen. Die nun fertiggestellten Kunstrasenplätze heben deutlich hervor, dass wir unsere Verantwortung wahrnehmen. Dass wir neben dem Wefelshohl für neue Spielfelder in Brügge und am Dickenberg sorgen, verdeutlicht diese Politik. Dazu gehören auch das neue Feuerwehrgerätehaus in Brügge sowie die Bemühungen, in Brügge-Ost neue Einkaufsmöglichkeiten für das Volmetal zu schaffen. Wir setzen weiterhin auf die Stadtteilkonferenzen, die die Beteiligung der Menschen in den Stadtteilen an der Entwicklung ihrer Umgebung stärkt.

Das Ehrenamt, gerade im sozialen Bereich, übernimmt schon heute viele Aufgaben, die wir als politische Verantwortungsträger nicht mehr finanziell unterstützen können.

Aus guten Gründen tragen wir die Beibehaltung der Mietzuschüsse für die Lüdenscheider Tafel mit.

Dies kann jedoch nicht davor hinwegtäuschen, dass es zahlreiche Vereine und Initiativen gibt, die wir nicht mehr so unterstützen können, wie das zum Teil jahrzehntelang Tradition war. Das schmerzt. Und es ist auch eine Mahnung, dass wir jede Maßnahme, die wir angesichts der notwendigen Haushaltskonsolidierung ergreifen müssen, genau abwägen.

Die gegenwärtige Situation verpflichtet die Unternehmen, an denen die Stadt Lüdenscheid beteiligt ist, in besonderem Maße, sich gerade im sozialen Bereich zu engagieren. Wir begrüßen das Engagement der Sparkasse Lüdenscheid bezüglich der Pausenhalle am Staberg. Wir sagen aber auch, dass das nicht der letzte Beitrag der Sparkasse sein kann. Hier möchte ich aber auch feststellen: Ohne das Engagement von Sparkasse und Stadtwerke hätten viele Einrichtungen und Projekte noch mehr Probleme als heute. Aber eines ist auch klar: Die Sparkasse Lüdenscheid und auch die anderen Tochterunternehmen gehören den Bürgerinnen und Bürgern. Deswegen müssen auch in Zukunft Spenden und andere Zuwendungen möglichst allen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommen.

Es ist wichtig, dass Freizeit-Einrichtungen für Jugendliche erhalten bleiben. Die Skaterhalle am Jahnplatz erfüllt für viele Jugendliche eine wichtige Funktion. Der neue Jugendtreff am Buckesfeld ist ein Beispiel dafür, dass Jugendliche sich schon sehr früh für politische Projekte und Ziele begeistern können. Ohne die Initiative der Jugendlichen hätte es diesen Jugendtreff nicht gegeben.

Genauso müssen wir Senioren und Menschen mit Behinderungen in die Planungen stärker mit einbeziehen, um

auf ihrer Bedürfnisse – vor allem, aber nicht nur im Bereich der Barrierefreiheit – stärker Rücksicht zu nehmen.

Im Bereich der Kulturpolitik stehen uns wegweisende Entscheidungen bevor. Das Ziel, das Kulturhaus zu verselbstständigen, hat die Ampel in ihrem Kooperationsvertrag festgeschrieben. An diesem Ziel halten wir fest.

Wir wollen den Erhalt aller Kultureinrichtungen in unserer Stadt. Dafür ist es aber auch notwendig, dass in den Einrichtungen notwendige Veränderungen vorgenommen werden.

Der Erhalt unserer Kultureinrichtungen ist ohne eine stärkere Einbeziehung ehrenamtlicher Kräfte kaum zu stemmen. Deswegen ist es auch zu erwarten, dass den Menschen, die einen Teil ihrer Freizeit für unsere Kultureinrichtungen aufwenden wollen, keine weiteren Barrieren entgegenstehen.

Viel wurde über die Städtische Galerie geschrieben und das angebliche Bestreben, sie schließen zu wollen. Wir haben einen Prüfantrag an die Verwaltung gestellt, um zu erfahren, welche Kosten mit einer eventuellen Schließung überhaupt verbunden wären. Wer Kita-Beiträge und die Grundsteuer erhöhen sowie über Schulschließungen nachdenken muss, handelt verantwortungsbewusst, wenn er zumindest entgegenstellen kann, warum man stattdessen eben nicht die Städtische Galerie schließen möchte.

Wir sehen eine Anstalt öffentlichen Rechts für alle Kultureinrichtungen skeptisch. Die Verwaltung prüft zurzeit die Vor- und Nachteile einer solchen Umwandlung. Wir erwarten, dass die buchhalterischen Vorteile einer AöR auch bei korrekter Durchführung des NKF-Haushalts bei den Kultureinrichtungen zu erreichen wären. Darüber hinaus ist die Mitbestimmung der Politik und damit der von der Bevölkerung gewählten Vertreter in einem Kulturausschuss größer als in einem Verwaltungsrat.

Unsere Kultureinrichtungen tragen zur Lebensqualität in Lüdenscheid bei. Und wir sind darauf angewiesen, die Lebensqualität zu erhöhen.

Die Lichtrouten in diesem Jahr waren ein besonderes Highlight. Lüdenscheid war für zwei Wochen bis spätabends belebt. Dieser Standortfaktor für Unternehmen, Kultur und Lebensqualität muss fortgeführt werden.

Mit den Projekten, die mit der Denkfabrik und der REGIONALE 2013 in Verbindung gebracht werden, gewinnt Lüdenscheid als Aus- und Weiterbildungsstandort an Gewicht in unserer Region. Hier gilt der Appell auch an die Landespolitik, dass sie die REGIONALE weiterhin unterstützt. Die Studierenden, die am neuen Studienort Lüdenscheid der FH Südwestfalen zu erwarten sind und die Erwerbstätigen, die täglich als Einpendler bei uns arbeiten, wollen wir nicht als Gäste in unsere Stadt einladen. Wir wollen sie zumindest mittelfristig als neue Einwohner gewinnen.

Dafür benötigen wir kluge und nachhaltige Konzepte. Die im Bürgerhaushalt aufgeworfene Idee des fahrpreisfreien Nahverkehrs sollte auf ihre Mach- und Bezahlbarkeit überprüft werden. Die gegenwärtige Situation mit Fahrpreisen von 2,30 Euro für eine Fahrt in die Innenstadt zum Beispiel von Hellersen ist nicht nachhaltig und trägt nicht zu einem erhöhten Fahrgastaufkommen bei.

Der PKW-Verkehr verursacht höhere Straßenbaumaßnahmen und schwächt auch die Innenstadt als Standort für Einzelhandel und Gastronomie. Zudem ist die Situation gerade für Menschen, die flexiblere Tarife aus den angrenzenden Regionen Rheinland und Ruhrgebiet kennen, alles andere als attraktiv. Hier besteht Handlungsbedarf.

Studierende, junge Erwerbstätige und junge Familien sollen von uns ein möglichst günstiges und dennoch attraktives Umfeld geschaffen bekommen, damit sie hier wohnen bleiben oder sogar hierhin ziehen. Angrenzende Städte und Kreise bieten über ihre Wohnungsgesellschaften vergünstigte Wohnungsangebote. Unsere Wohnstätten könnten durch ähnliche Angebote, gerade in Bahnhofsnähe, unserer Stadt zu mehr Lebensqualität verhelfen.

Wir müssen die Balance zwischen notwendiger Haushaltskonsolidierung und genauso notwendiger Stadtentwicklung halten. In einer Stadt mit einer dürftigen öffentlichen Infrastruktur werden die Aufgaben der Zukunft nicht bewältigt werden können.

Abschließend:

Ich danke unserem Kämmerer Karl-Heinz Blasweiler und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei für die geleistete Arbeit für diesen Haushalt.

Auch Ihnen, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, für Ihre Geduld.